

«Wir könnten die Schweiz vorsätzlich unattraktiv machen»

Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger macht sich Sorgen wegen der «Zugisierung»

VON MICHAEL SOUKUP (TEXT)
UND RENE RUIS (FOTO)

Die Schweiz wird zunehmend Opfer ihres eigenen Erfolgs: Immer mehr gut verdienende Schweizer und Ausländer strömen in die Steueroasen und Städte. Das Nachsehen hat der Mittelstand. Der Freiburger Professor Reiner Eichenberger fordert deshalb, die Gewinne aus der Umzonung künftig nicht an die Bauern, sondern an die Bürger zu verteilen.

Sie haben den Begriff «Zugisierung» geprägt. Was wollen Sie damit ausdrücken?

Durch die andauernde Einwanderung wird der Boden immer knapper und der Druck auf die Infrastruktur verschärft. Dabei sind die positiven und negativen Folgen im Kanton Zug am deutlichsten zu spüren – wobei das Gute eindeutig überwiegt. Denken Sie nur an die wachsenden Einkommen.

Was nützt einem Zuger Lehrer ein relativ hoher Lohn, wenn er seine Heimat wegen der zu hohen Mieten verlassen muss?

Mit einem Zuger Lehrereinkommen lebt man zwar heute günstiger im Kanton Jura, aber ein jurassischer Lehrer verdient auch weniger als sein Zuger Kollege.

Per saldo geht der Steuerwettbewerb für den Mittelstand nicht mehr auf: Die hohen Lebenshaltungskosten fressen die Steuersenkungen auf.

Der Steuerwettbewerb ist grundsätzlich grossartig. Er zwingt die Kantone und Gemeinden, ihre Steuern zu senken. Das geschah in Uri, Obwalden, und nun ist Luzern an der Reihe. Damit können die leistungswilligen Steuerzahler nicht einfach vom Staat und durch eine übertriebene Umverteilungspolitik ausgebeutet werden.

Dann werden sie halt vom Vermieter ausgebeutet. Die frühere Steuerhölle, die Stadt Luzern, hat tiefere Spitzensteuersätze als die steuergünstigste Gemeinde Zürichs, Zumikon. Bereits wird die Innenstadt «seefeldisiert», die Mieten verdoppeln oder verdreifachen sich teilweise.

Der Luzerner Mittelstand wird ja steuerlich auch entlastet. Ausserdem helfen gut verdienende Neuzuzüger die Steuerlast weiter zu senken. Schliesslich zwingt der Steuerwettbewerb die Regierung zur Sparsamkeit.



Reiner Eichenberger auf seiner Terrasse in Meilen ZH: «Steuerwettbewerb ist grundsätzlich grossartig»

Wer brutto 100 000 Franken verdient, spart nur ein paar Hundert Franken Steuern.

Wenn ein Ort wie Luzern attraktiver wird, steigen dort die Bodenwerte und Mieten, dafür sinken sie überall sonst.

Vielleicht in Glarus oder im Entlebuch.

Zum Beispiel, aber auch in Zürich und Zumikon. Nur ist der Effekt kaum sichtbar, weil er sich schweizweit verteilt und die Bodenpreise und Mieten auch wegen vielem anderem variieren.

Werden Steuersenkungsinitiativen nicht zu Ausschaffungsinitiativen für den Mittelstand?

Wer an einem so attraktiven Ort wie Zug wohnt, kommt tatsächlich unter Druck. Die Zuwanderung aus dem Ausland hat aber nun dazu geführt, dass der Dichtestress fast überall in der Schweiz zu spüren ist. Damit werden die grundsätzlich positiven Effekte des Steuerwettbewerbs überlagert.

Stadt und Kanton Luzern werden sich bis 2013 um 1 Milliarde Franken verschulden müssen. Das ist Voodoo Economics am Vierwaldstättersee.

Wenn Sie damit auf die USA und Reagan anspielen: Tatsächlich wurden dort seit den 80er-Jahren die Steuern massiv gesenkt, aber gleichzeitig auch die Ausgaben erhöht. Das ist mit ein Grund für den enormen Schuldenberg. Im Gegensatz zu Luzern haben aber andere Kantone wie Schwyz die Steuern gesenkt, ohne bei den Ausgaben zu übertreiben.

Schwyz, Obwalden, Nidwalden oder Uri haben vergleichsweise geringe Zentrumslasten.

Die zentralörtlichen Leistungen werden massiv aufgebauscht. Luzern wie Zürich leisten sich Luxusausgaben. Die volkswirtschaftlichen Nutzen des Zürcher Opernhauses, des Luzerner KKL oder von Fussballstadien werden in vielen Studien zu ihrer Rechtfertigung regelmässig weit übertrieben. Genauso halte ich wenig davon, wenn in Luzern die öffentliche Hand ein Fussballstadion finanziert. Trotzdem betone ich noch einmal: Zürich, ja der Deutschschweiz, geht es auch dank Zug und Schwyz gut. Im Unterschied zum Welschland, wo ein Zug fehlt.

Der Zürcher Goldküste geht es so «gut», dass Blochers Schwiegersohn und SVP-Politiker Roberto Martullo bezahlbare Wohnungen für den Mittelstand fordert. Ist das nicht heuchlerisch?

Nein, nur zu simpel. Wenn der Staat solchen Wohnraum finanziert, wird die Schweiz nicht zuletzt für Einwanderer noch attraktiver. Zudem muss jemand die Wohnungen über Steuern bezahlen. Das ist zumeist der Mittelstand selbst.

Die Frage zielte in eine andere Richtung. Ausgerechnet die SVP, die sich am vehementesten für Steuersenkungen einsetzt, bewirtschaftet nun die «Zugisierung».

Die SVP ist zwar für den Steuerwettbewerb, aber nicht für die Zuwanderung aus dem Ausland. In einem geschlossenen System Schweiz gäbe es keine flächenweite «Zugisierung».

Tiefe Steuern ziehen gut situierte Ausländer an. Warum erhöhen wir die Steuern nicht wieder?

Hohe Steuern für die Reichen und gute Staatsleistungen für die Armen ziehen schlecht qualifizierte Einwanderer an, die langfristig hohe Sozial- und Integrationskosten verursachen würden. Das Einzige, was wir tun könnten, wäre, die Schweiz vorsätzlich unattraktiv zu machen. Das wäre aber völlig wahnsinnig.

Und die Grenzen dichtmachen?

Es war wirklich nachlässig von den Befürwortern des Freizügigkeitsabkommens, zu glauben, dass die Zuwanderung nicht dramatisch zunehmen würde.

Einverstanden, aber ohne Zuwanderungen gäbe es kein so grosses Wirtschaftswachstum.

Jede Einwanderung führt zu Wirtschaftswachstum. Entscheidend ist aber das Wachstum pro Kopf, und das ist bisher kaum grösser als ohne Freizügigkeit. Wenn

«Neue Vorschläge sind nie von Beginn an mehrheitsfähig»

schon ein Freizügigkeitsabkommen, dann mit einer Abschöpfung der Gewinne zugunsten der Einheimischen. Darin hat die Schweiz grosse Erfahrung.

Sie machen uns neugierig.

Wir könnten das Konzept der Bürgergemeinde oder Kooperationen wiederaufgreifen. Die Bürgergemeinden – zu den Bürgern würden die Schweizer und lange niedergelassene Ausländer zählen – übernehmen den heutigen Bodenbesitz des Staates. Die Einwohnergemeinden – zu den Einwohnern zählen alle, auch die Neuzuwanderer – würden wie heute die wichtigen staatlichen Aufgaben erledigen, müssten aber den dafür notwendigen Boden von der Bürgergemeinde mieten. Zudem würde ein gewichtiger Teil der Mehrwerte aus zukünftigen Landumzonungen zugunsten der

Bürgergemeinde abgeschöpft. Die Bürgergemeinde könnte dann allfällige Überschüsse an die Bürger ausschütten.

Das ist Sozialismus.

Nein, gute alte Schweizer Tradition. So würde eine gewisse Umverteilung der Vorteile aus der Zuwanderung zugunsten der Bürger stattfinden. Und wir könnten gegenüber der Zuwanderung offener sein und die Zuwanderer schneller integrieren, indem wir ihnen schneller Mitspracherechte als Einwohner geben.

Da machen die Bürgerlichen nicht mit.

Neue Vorschläge sind nie von Beginn an mehrheitsfähig. Die Frage ist, ob der Vorschlag besser als die realen Alternativen ist. Und da bin ich zuversichtlich.